

Budgetdienst stützt SPÖ-Forderung nach Zeitverwendungsstudie

Utl.: Heinisch-Hosek fordert Teilnahme Österreichs an Studie zur
Verteilung von Arbeit zwischen Frauen und Männern =

Wien (OTS/SK) - Vor wenigen Wochen haben 50 WissenschaftlerInnen in einem offenen Brief die Teilnahme Österreichs an einer europaweiten Zeitverwendungsstudie gefordert. Der Hintergrund: Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) bereitet derzeit im Rahmen der „Harmonised European Time Use Surveys“ (HETUS 2020) eine neue Welle an Datenerhebungen zur Zeitverwendung vor. Die meisten europäischen Länder werden teilnehmen, die österreichische Regierung zögert noch. Die SPÖ drängt auf eine Teilnahme. SPÖ-Frauensprecherin Gabriele Heinisch-Hosek sagt, "dass gute Frauenpolitik gute, verlässliche Daten braucht. Wir müssen wissen, wie bezahlte und unbezahlte Arbeit verteilt ist". Das sieht auch der Budgetdienst des Parlaments so in einer neuen Studie zu Gleichstellungszielen und Gender Budgeting.

Die Studie des Budgetdiensts ist die Beantwortung einer umfassenden Anfrage von SPÖ-Frauensprecherin Gabriele Heinisch-Hosek. Der Budgetdienst sieht es demnach als notwendig, „dass einerseits umfassende verlässliche geschlechtsspezifische Datengrundlagen erhoben werden und dass andererseits ausreichende Analysekapazitäten mit entsprechendem Know-how zur Verfügung stehen“.

Die Daten einer Zeitverwendungserhebung dienen als Grundlage für Untersuchungen im Bereich der Lebensqualitätsforschung „und helfen, das Leben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen besser zu beobachten. Sie zeigen auf, wie viel Zeit verschiedene Bevölkerungsgruppen für unterschiedliche Tätigkeiten pro Tag aufwenden und wie beispielsweise unbezahlte Arbeit, z.B. Hausarbeit, Pflege, Freiwilligenarbeit und Kinderbetreuung, auf Frauen und Männer verteilt ist“, so die Budgetexperten des Parlaments in ihrer Beantwortung.

Für Heinisch-Hosek stützt die Analyse jedenfalls die SPÖ-Forderung, dass Österreich an der EU-Studie teilnehmen muss, „das sollte eine der ersten Entscheidungen der nächsten Regierung sein“. „Wenn wir effektive Frauenpolitik machen wollen, müssen wir wissen, wie es um die Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit bestellt ist, damit wir zu einer nationalen Gleichstellungsstrategie kommen.“ Die letzte

Studie dieser Art in Österreich ist fast ein Jahrzehnt alt und wurde von Heinisch-Hosek in ihrer damaligen Funktion als Frauenministerin in Auftrag gegeben.

Heinisch-Hosek erwartet, dass eine kommende Regierung die Finanzierung zur Teilnahme an einer solchen Studie sicherstellt. „Wir haben nur stark veraltete Informationen, für welche Tätigkeiten Frauen und Männer ihre Zeit aufwenden; v.a. für den Bereich der unbezahlten Arbeit - Kinderbetreuung, Pflege, Ehrenamt - gibt es wenig Zahlen. Um eine effektive Politik zu machen, die die Beschäftigungssituation verbessert und pflegende Angehörige sowie Eltern besser unterstützt, brauchen wir die entsprechenden Daten“, so die SPÖ-Frauensprecherin.

Service: Die Anfragebeantwortung des Budgetdiensts zu Gender Budgeting finden Sie hier: <https://bit.ly/386EWjK>

(Schluss) ah/wf

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Parlamentsklub

01/40110-3570

klub@spoe.at

<https://klub.spoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0111 2019-12-04/11:24

041124 Dez 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191204_OTS0111